

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD**Wohnen im Seniorenalter**

Politik für die ältere Generation muss als Querschnittsaufgabe betrachtet werden und stellt neue Anforderungen an das sozialpolitische Handeln. Es geht darum, den Jahren mehr Leben zu geben. Dies beinhaltet auch den Wohnungsbereich.

Die große Mehrheit der Senioren möchte in den eigenen vier Wänden leben, ihre Kontakte und Selbständigkeit sichern, in ihrem eigenen Rhythmus und nach den eigenen Wünschen den Alltag gestalten.

Die überwiegende Zahl älterer Menschen lebt in Wohnungen üblichen Zuschnitts (also beispielsweise nicht barrierefrei). Daher ist die Entwicklung altersgemäßer Wohnbedingungen und Wohnformen schwerpunktmäßig auf den herkömmlichen Wohnungsbau zu konzentrieren, um eine möglichst breite Wirkung entfalten zu können.

Angesichts des demographischen Wandels (Zunahme älterer Menschen) und der Berücksichtigung der Wohnwünsche und Bedürfnisse älterer Menschen sind die bestehenden Wohnformen weiterzuentwickeln. Stärker als heute werden in Zukunft Wohnungen für allein lebende Menschen nachgefragt werden, die in ihrer Anordnung und durch Planung von Gemeinschaftsflächen nachbarschaftlichen Kontakt und ein größtmögliches Maß an selbständigem Wohnen ermöglichen sollten.

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit liegen dem Senat Erkenntnisse vor, wie viele der bremischen Haushalte von älteren Menschen geführt werden (Aufteilung als Eigentümer oder Hauptmieter)?
2. Inwieweit liegen Erkenntnisse darüber vor, ob neue Wohnformen, die betreutes Wohnen, Netzwerke, Kontakte und gemeinsames Erleben zwischen den Generationen fördern, unterstützt werden?
3. Welche Standorte und welche Wohnformen werden von Senioren bevorzugt?
4. Inwieweit liegen dem Senat Erkenntnisse vor, dass in den einzelnen Stadtteilen im Land Bremen der prozentuale Anteil der über 60-Jährigen sehr unterschiedlich ist und wie gedenkt der Senat diese unterschiedlichen Altersstrukturen in die Planungen, altersgerechten Wohnraum zu schaffen, mit einzubeziehen und dem Rechnung zu tragen (Erstellung einer Prioritätenliste)?
5. Inwieweit ist dem Senat bekannt, dass mehr seniorenrechtliche Wohnungen (Eigentumswohnungen etc.) im Land Bremen benötigt werden, die ein Angebot eines Servicepakets beinhalten?
6. Welche Vorsorge hat der Senat bezüglich der steigenden Nachfragen nach seniorenrechtlichen Wohnungen getroffen?
7. Welche Wohnungsanpassungsmaßnahmen für Menschen mit Mobilitätsbehinderungen werden unter welchen Voraussetzungen anerkannt und nach welchen Kriterien finanziert?

8. Mit welchen Maßnahmen hat der Senat bisher die alten- und pflegegerechte Wohnungsplanung und Wohnungsberatung vor Ort sowie den notwendigen alterspflege- und behindertengerechten Wohnungsbau (u. a. Einrichtung von Fahrstühlen) unterstützt bzw. eingeleitet, und welche weiteren Maßnahmen sind vorgesehen?
9. Welche Bedeutung hinsichtlich der Einwohnergewinnung durch ein zielgruppenorientiertes Wohnungsangebot misst der Senat barrierefreiem Wohnraum im Eigentums- und Mietwohnungssegment bei?
10. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um neue Wohnformen im Seniorenalter (gemeinschaftliche Wohnformen wie Wohn- und Hausgemeinschaften etc.) zu unterstützen?
11. In welchem Forum und gegebenenfalls mit welchen Kooperationspartnern wird die Wohnberatung in Zukunft stattfinden?
12. Inwieweit liegen Erkenntnisse vor, ob die städtebauliche Infrastruktur (Dienstleistungsangebote wie die medizinische Versorgung etc.) den Bedürfnissen der Senioren gerecht wird, um deren Versorgung und Mobilität zu gewährleisten?
13. Wie bewertet der Senat die Einrichtung der barrierefreien Musterwohnung einschließlich einer Wohnungsanpassungsberatung im Hinblick darauf, dass ältere Menschen möglichst lange selbständig in den eigenen vier Wänden wohnen möchten?
14. Welche Kosten würden bei einem Vergleich Wohnungsanpassungsmaßnahmen und Wohnen im Seniorenheim eingespart werden, und wie wird sich die Novellierung der Landesbauordnung im Bezug auf ein barrierefreies Wohnungsangebot auswirken?

Steinberg, Karl Uwe Oppermann,
Eckhoff und die Fraktion der CDU

Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD